

Wibmer.

1239

BEMERKUNGEN

ÜBER

DAS MEDICINAL - WESEN

IM

KÖNIGREICH BAYERN.

HERAUSGEGEBEN

VON

Dr. KARL WIBMER,

KÖNIGL. BAYER. MEDICINAL-ASSESSOR, RITTER DES GOLDENEN KREUZES VOM
H. GRIECHISCHEN ERLÖSER-ORDEN, MITGLIED MEHRERER GELEHRTEN
GESELLSCHAFTEN.

BEMERKUNGEN
ÜBER
DAS MEDICINAL - WESEN
IM
KÖNIGREICH BAYERN.

HERAUSGEGEBEN

VON

Dr. KARL WIBMER,

KÖNIGL. BAYER. MEDICINAL-ASSESSOR, RITTER DES GOLDENEN KREUZES VOM
K. GRIECHISCHEN ERLÖSER-ORDEN, MITGLIED MEHRERER GELEHRTEN
GESELLSCHAFTEN.

MÜNCHEN.

VERLAG DER LITERARISCH-ARTISTISCHEN ANSTALT.

1842.

Bemerkungen

über das Medicinalwesen in Bayern.

Eine mehrjährige Beschäftigung in einem ausgedehnten Wirkungskreise des Medicinal-Wesens veranlaßte den Herausgeber dieser Zeilen zu deren Abfassung, der Wunsch aber nach Kräften Nützliches zu fördern, zur Bekanntmachung derselben.

Nicht als ob das Medicinalwesen in Bayern vernachlässigt oder schlecht bestellt wäre, nein, Dank sey es seiner erleuchteten Regierung, Bayern kann sich hierin mit vielen andern Staaten messen, und manchem als Muster dienen; — aber gewiß ist, daß dasselbe auch seine Mängel hat und Verbesserungen bedarf, und beide anzudeuten ist unsere Aufgabe.

Seit dem trefflichen organischen Edict, das 1808 aus der Feder des sel. v. Häberl ins Leben trat, ist kein umfassendes Gesetz, welches das gesammte Medicinalwesen zum Gegenstande hat, mehr erschienen, und somit besteht jenes noch in Kraft. Dennoch ward im Laufe der Jahre Manches daraus als unbrauchbar befunden, umgangen, manches Neue hinzugesetzt, manches Fehlende ergänzt oder nicht ergänzt; das bayerische Medicinalwesen leidet demnach an einem Grundübel, dem vorerst begegnet werden muß, wenn von durchgreifender, wirklicher Verbesserung die Rede seyn soll. Ein



Medicinalgesetz (Organismus, Edict, Codex, Verordnung), das die gesammte Medicinalpflege umfassend darstellt, ist vor allem dringendes Bedürfnis. *)

Nächst diesem fehlt es in Bayern hie und da noch an hinreichend guten und umfassenden Gesetzen und Instructionen zur Ausübung der Medicinalpolizei; häufig sind sie ältere, dem Geist und der Richtung der Zeit nicht mehr entsprechend, oder durch spätere nur theilweise und unvollkommen aufgehoben oder ergänzt; manche fehlen ganz, so daß in dem Geschäfte daraus oft Verwirrung und Widersprüche entstehen, wie denn auch die verschiedenen Regierungen der Kreise des Reichs oft über denselben Gegenstand ganz verschiedene Instructionen und Erlasse gegeben haben.

Im Nachfolgenden sollen nun die bedeutendsten Bedürfnisse und ihre Abhülfe, wie der Verfasser sie erkennt und ansieht, zur Sprache kommen, und zwar werden im ersten Theil die *Medicinal-Verfassung*, im zweiten Theil die *Medicinal-Gesetze und Verordnungen* besprochen.

*) So lange es an einem solchen Gesetze fehlt, werden alle einzelnen Verordnungen, als der festen Basis entbehrend, unvollständig und schwankend erscheinen. — Wünschenswerth wäre es, wenn es der k. b. Regierung gefallen würde, vor der Ausschreibung eines solchen umfassenden Medicinalgesetzes dasselbe der öffentlichen Bekanntmachung und Würdigung zu unterwerfen, wie es im vergangenen Jahre die großherzogl. badische Regierung auf lobenswerthe Weise gethan hat.

Erster Theil.

Medicinal-Verfassung.

An der Spitze des gesammten Medicinalwesens in Bayern steht ein Obermedicinalrath als Referent der Medicinal-Angelegenheiten beim Ministerium des Innern. In ihm vereint sich somit das gesammte hieher einschlägige Geschäft des Königreichs. Bei allen Talenten, aller Thätigkeit und Rechtlichkeit, die der gegenwärtige Inhaber dieser Stelle seit einer Reihe von Jahren entwickelt, glauben wir nicht zu viel zu verlangen, wenn wir demselben, der noch neben seinem Amte auch das eines Lehrers an der Hochschule und Klinikers im Spital versieht (was allein einen Mann beschäftigen kann), einen oder mehrere ärztliche Gehülfen zur leichtern und schnellern Führung desselben wünschen. Nur allein die Monats-, Vierteljahrs- und Jahres-Berichte von mehreren Hunderten von Gerichtsärzten und den verschiedenen Regierungen der Kreise zu lesen und zu würdigen, ist, abgesehen vom laufenden Dienst, der Ueberwachung des gesammten Organismus und der Schöpfung neuer Gesetze und Verordnungen, eine für die Schultern Eines Mannes zu schwere Bürde.

Der Obermedicinal-Ausschuss.

An der Seite und unter dem Präsidium des eben erwähnten Obermedicinalraths befindet sich in Bayrn seit 1830 (nachdem das früher bestandene Obermedicinal-Collegium seit mehreren Jahren aufgehoben war) ein Obermedicinal-Ausschuss (warum nicht „Behörde oder Collegium“?), dem in medicinisch-gerichtlichen Fällen Obergutachten, und nach Anfragen von Seiten des k. Ministeriums in Medicinal-Angelegenheiten collegiale Gutachten abzugeben obliegt. Dieses aus anerkannt tüchtigen und gebildeten Aerzten der Hauptstadt zusammengesetzte Collegium entspricht ganz allen Erwartungen und seine bisherigen Leistungen sind vollgültige Beweise der trefflichen Wahl seiner Mitglieder.

Zu wünschen wäre nur, daß diese Behörde für Apotheker-Angelegenheiten des Besizes eines oder mehrerer tüchtigen Apotheker, so wie von Thierärzten für Veterinär-Angelegenheiten sich erfreute, und endlich daß den Mitgliedern dieses für ein Land wie Bayern so wichtigen Collegiums auch ein bedeutenderer Wirkungskreis, namentlich fortwährende genaue Einsicht in die gesammte Medicinal-Verwaltung und die Initiative zu Verbesserungen und Verordnungen, so wie ein angemessener Titel und Gehalt verliehen werden möchte.

Die Medicinal-Comités.

Es befinden sich in Bayern zwei (seit 1820 ist das dritte in Speyer aufgehoben) Medicinal-Comités (warum

nicht „Medicinal-Collegien oder Behörden“?), eines zu München, eines zu Bamberg.

Dieselben haben in zweifelhaften Fällen die medicinisch-gerichtlichen Gutachten der Gerichts-Aerzte zu revidiren, ferner die Prüfungen der absolvirten Aerzte und Apotheker, ersterer nach zurückgelegter zweijähriger praktischer Ausbildung vorzunehmen, und endlich sanitäts-polizeiliche Gutachten über Gewerbsprivilegien abzugeben.

Obwohl es nach der neuen kürzlich erschienenen Apotheker-Ordnung scheint, daß für die Zukunft die Prüfung der Apotheker (und wahrscheinlich bald auch der Aerzte) den Comités abgenommen und in die Hände der Facultäten gegeben werde, so wollen wir doch, da wir der Meinung sind, daß diese Comités als praktische Prüfungs-Behörden, die keiner Schule ausschließlich angehören, ihren Zweck sehr wohl erfüllen könnten und somit bestehen bleiben sollten, kürzlich die Gebrechen angeben, an denen die Comités dermalen leiden, und denen leicht Abhilfe werden könnte.

1) Seit der Errichtung der Medicinal-Comités 1808 hat sich so Manches in der Arzneiwissenschaft und deren Ausübung geändert, daß die damals erlassenen Bestimmungen, besonders in Bezug auf die Prüfungen der Aerzte und Apotheker, keine folgerechte Anwendung mehr finden. So ward z. B. früher die Kenntniß der Chirurgie und Geburtshilfe vom Arzte nicht nothwendig gefordert, was aber jetzt der Fall ist. Zudem entbehrt der Prüfungs-Act einer hinreichend genauen Instruction über seinen Vollzug und die Art der Qualificirung und

Noten, welche die Allerhöchste Verordnung von 1821 nicht hinreichend darstellt.

Es ist dem Comité somit eine zeit- und sachgemäße Abänderung einiger seiner Grundbestimmungen, dann eine genaue Instruction über die Prüfung und Noten-Abgabe, und endlich die Verfügung nothwendig, daß nicht allein die mit der letzten Note Entlassenen (die gar nichts wußten) zurückzuweisen, sondern auch jene mit der dritten Note, welche nur mittelmäßig befriedigten, wenigstens auf sechs Monate zu einem neuen Examen zu verweisen wären.

2) Da die Comités auch die Apotheker zu prüfen haben, so erscheint es als dringend nöthig, daß in denselben auch wenigstens zwei der Pharmacie kundige Examinatoren sich befinden; eine Verfügung, die wenigstens für München erst seit wenig Monaten ins Leben trat (durch die neue Apothekerordnung aber überflüssig erscheint).

3) Der Gehalt der Mitglieder des Comité's besteht aus den Gebühren, welche die zu Prüfenden bei ihrer Prüfung zu entrichten haben, und wobei für die schriftliche (4 — 5 Tage lang), mündliche (3 Stunden lang) und praktische Prüfung (am Krankenbette, Cadaver und Phantom) jedes Mitglied 4 fl. treffen.

Da sich hiernach der Gehalt für sämtliche Geschäfte der Comités nach der Zahl der zum Examen sich stellenden Candidaten bald niedriger, bald höher stellt, die Prüfungslustigen aber sich häufiger und lieber zu den Comités wenden, wo minder streng und genau examinirt wird, so geschieht es, daß die Comités, um nicht

alle Candidaten zu verlieren oder abzuschrecken, häufig mehr Milde walten lassen, als vielleicht ohne dieses Verhältniß der Fall seyn dürfte.

Höchst erwünscht und nöthig ist es daher, daß die Mitglieder der Comités nicht mehr von der Zahl der zu Examinirenden ihren Gehalt bestimmt bekommen, sondern daß derselbe unabhängig davon nach einer durchschnittlichen Berechnung gleichheitlich beiden Comités vom Staate zugewiesen werde, der dann die Gebühren der Candidaten selbst einziehen würde.

Dann erst werden die Comités die nöthige Strenge beim Examiniren anwenden können und wollen, weil ihnen dadurch bei ihrer Pflichterfüllung sogar eher eine Erleichterung als Vermehrung ihres Geschäftes zugeht, da die zu Prüfenden immer die milderer Examinatoren aufsuchen werden.

4) Die Comités haben außer den Prüfungen auch Obergutachten in zweifelhaften, medicinisch-gerichtlichen und sanitäts-polizeilichen Fällen abzugeben; diese Verrichtungen von höchster Wichtigkeit, von deren rechtlichem und verständigem Vollzug oft Leben, Freiheit und Gut der Parteien abhängt, werden vom Comité ohne Entschädigung versehen.

Ohne davon zu sprechen, daß im Leben die Mehrzahl der Menschen das, was sie umsonst thun müssen, oft als Last ansehen, und als solche auch ohne Lust und Eifer thun, so möchte eine solche Stellung wahrlich nur in Deutschland (und da nicht überall); wo Rechtlichkeit

und Unbestechlichkeit Charakter des Volkes ist, ohne schlimme Folgen bleiben; aber selbst hier erscheint sie gefährlich und jedenfalls nachtheilig für die genaue und schleunige Geschäftsführung. Demzufolge dünkt uns eine diesem Geschäfte entsprechende Remuneration als nothwendig.

Solchergestalt organisirte und reformirte Comités würden sehr zweckmäfsig wirken, und scheinen uns, was speciell die Prüfungen betrifft, den Facultäts-Prüfungen vorzuziehen, da bei diesen nur der Lehrer seine eignen Schüler prüft (was häufig zu Parteilichkeiten Anlaß geben kann), und oft mehr die Schule als die Praxis gelten wird.

Die Kreis-Medicinal-Räthe.

Sie bilden das sachverständige Organ der Regierungen für Medicinal-Angelegenheiten, haben namentlich die Gerichtssäzte zu überwachen, und die gutachtlichen Berichte über Medicinal-Sachen an das Ministerium zu liefern; somit ist ihr Wirken so ziemlich vorgesteckt und auch dem Zweck entsprechend, und ihre Stellung als vermittelnder Organe beim bayer. Staatsorganismus unentbehrlich.

Im Interesse des Medicinal-Wesens wäre bezüglich derselben nur Einiges wünschenswerth:

1) Dafs ihnen *in ihrer Sphäre* etwas mehr Gewalt eingeräumt werde, indem bei der gewöhnlich collegialen Berathung mancher Gegenstände häufig die Meinung des Arztes als die minder wichtige oder gültige überstimmt

wird, was insbesondere bei Qualificationen und Personalien oft unzweckmäfsig erscheint.

2) Dafs dieselben öfter Reisen im Kreise vornehmen, wenigstens zweimal im Jahre zu 14 Tagen; nur durch persönliche Anschauung ist der Medicinalrath im Stande, eine richtige Ansicht des Personals und der Zustände zu gewinnen. Diefs wäre um so leichter ausführbar, wenn diese Beamten statt Extrapost-Geldern nur einfache Fahrtgelder zu 5 fl. 30 kr. pro Tag aufser den Diäten aufzuschreiben hätten.

3) Sehr erwünscht und besser zum Ziele führend wäre es, wenn das Referat über das Apotheker-Wesen und insbesondere die Kreis-Apotheken-Visitationen einem sachkundigen Referenten (Apotheker) in jedem Kreis übertragen würden. Das Dringende dieser Maafsregel hat sich bereits dadurch erwiesen, dafs die letzteren Apotheker-Visitationen mancher Medicinalräthe in Begleitung eigner pharmaceutischer Mitglieder vorgenommen wurden, was daher auch doppelte Kosten machte. Das Nähere über diesen Gegenstand jedoch bei den *Apothekern* selbst.

4) Was vom Referat über das Apothekerwesen eben erwähnt wurde, gilt auch von dem über das Veterinär-Wesen, wofür mit einem geringen Functions-Gehalt ein Kreisthierarzt angestellt werden könnte. Wenige Aerzte sind auch Thierärzte, praktische Kenntniss besitzt selten einer; was ist demnach von seinem Re-

ferate oder seiner Ueberwachung und Beurtheilung zu erwarten? Zudem wäre der Kreisthierarzt auch geeignet bei wichtigen Epizootien durch persönliches Einschreiten die nöthigen Mafsregeln am besten einzuleiten und in Vollzug zu setzen. Das Nähere hierüber bei den *Thierärzten*.

Den Kreisregierungen und Medicinalräthen sind seit 1833 zur Begutachtung wichtiger Fälle in Medicinal-Angelegenheiten Medicinal-Ausschüsse beigegeben, welche sehr nützlich wirken könnten, wenn ihnen ein bestimmter Geschäftskreis nebst gehörigen Instructionen, und wo möglich auch eine angemessene Geldentschädigung für ihre Mühe zukommen würde.

Die Gerichts-Aerzte.

Wir kommen nun zu dem schönsten Institute des Medicinalwesens in Bayern, nämlich zu den Gerichts-Aerzten. Insofern sie die letzten sachkundigen Organe zur Ausführung der medicinisch-gerichtlichen und polizeilichen Acte sind, so beruht auf ihnen gewissermafsen der ganze Medicinal-Organismus. Wenige Staaten haben die Wichtigkeit dieser Organe so zu würdigen gewußt wie Bayern; in wenigen bestehen im Verhältnisse zur Bevölkerung so viele und so gut bezahlte Gerichts-Aerzte. Dennoch wollen wir einige Punkte hervorheben, deren Beachtung wesentlich zur Vervollkommnung dieser Stellen beitragen würde.

1) Entbehren die Gerichts-Aerzte einer umfassenden, für ihre Geschäfte genügenden Instruction; die vom

Jahre 1808 ist in Folge der Zeit mangelhaft geworden; viele Veränderungen und Zusätze sind entstanden; manches wurde entfernt, manches verbessert, manches fehlt noch immer. Eine klare umfassende Instruction ist für jede Stelle besonders im äufsern Dienste um so nöthiger, da sonst gerne alle Verantwortlichkeit auf den Mangel einer Verordnung geworfen, und alles Nichtgebotene unterlassen wird. Speciell müßte in dieser Instruction das Verfahren beschrieben seyn, das die Gerichtsärzte bei medicinisch-gerichtlichen und polizeilichen Acten zu beobachten haben. Diefs ist von grofser Wichtigkeit und in Bayern zum grofsen Nachtheile des Geschäfts gänzlich aller Bestimmungen ermangelnd.

2) Scheint uns die bisherige Stellung der Gerichts-Aerzte zu ihren resp. Gerichten einer Aenderung zu bedürfen; die Verordnung von 1808 setzt die Gerichtsärzte direct unter die Kreisregierungen und coordinirt sie den Gerichten. Wir glauben dafs es einfacher und zweckmäfsiger wäre, wenn der Gerichtsarzt, dem ja doch keine executive Gewalt zukommt, als sachkundiges Organ seinem Gerichte zu dessen Verfügung direct subordinirt würde, wie es der Assessor auch dem Landrichter ist, und wie es bei den Regierungen der Kreis-Medicinalrath beim Präsidium derselben ist. Offenbar würde das Geschäft dadurch für beide Theile (Gericht und Gerichts-Arzt) kürzer und einfacher, und die Regierung, die im geeigneten Fall immer sich in directe Verbindung mit dem Gerichtsarzte setzen kann, was aber unsers Erachtens selten nöthig seyn möchte, würde dadurch nichts ver-

lieren. Dieß wäre um so weniger möglich, wenn die Gutachten des Gerichtsarztes immer mit seiner Unterschrift den Acten beigelegt werden müßten.

3) Nothwendig ist es, daß auch das Verhältniß des Gerichtsarztes zu den praktischen Aerzten und Chirurgen seines Bezirks und umgekehrt genau hergestellt und angegeben werde; bis zur Stunde besitzen letztere noch keine Instruction und keine Verfügung darüber, was zu vielerlei Reibungen und Klagen Veranlassung gegeben hat. Unserm Ermessen nach ist der Gerichtsarzt des Bezirks der nächste Vorstand aller im Bezirke befindlichen praktischen Aerzte, Wundärzte u. s. w., insofern diese nicht selbst Stellen bekleiden, welche über dem Gerichts-arzte stehen. Es muß somit hergestellt werden, inwiefern seine amtliche Stellung ihm Gewalt und Einfluß auf das unter ihm stehende ärztliche Personale verleiht.

4) So viel als möglich ist der Gerichtsarzt von der Visitation der Apotheken zu dispensiren, und diese, wie oben erwähnt wurde, einem Kreisapotheker zu übertragen. Abgesehen von der geschäftlichen und gesellschaftlichen Verbindung, in welcher der Gerichts-Arzt häufig mit dem Apotheker lebt, und die oft Mißbräuche veranlassen kann, so ist der Gerichtsarzt gewöhnlich (meistens) nicht im Stande, eine Apotheke wie es seyn soll zu untersuchen; er kennt die Pharmacie und die Arzneimittel selbst zu wenig (ist es auch nicht gelehrt worden), um darüber ein gültiges Urtheil fällen

zu können. Höchstens könnte man dem Gerichtsarzte die Untersuchung der Hausapotheken der Aerzte (wenn solche bestehen dürfen) übertragen, da es sich hier nur um die Untersuchung einer kleinen Auswahl von Medicamenten handelt.

5) Ebenso sollte der Gerichtsarzt auch von allen thierärztlichen Functionen dispensirt werden, insofern durch Thierkrankheiten nicht die Gesundheit der Menschen gefährdet wird. Der Gerichtsarzt hat und wird selten so viel thierärztliche Kenntnisse erlangen, um den Thierarzt zu controliren oder zu überwachen; man macht ihm nur nutzlose Mühe und Kosten. Unerläßlich und wie wir später bei den Thierärzten auch zeigen werden, nicht kostspielig ist es, für jeden Gerichtsbezirk einen Gerichts-Thierarzt zu ernennen, der unabhängig vom Gerichts-Arzte (so viel es bloß thierärztliche Gegenstände betrifft) unter dem Gerichte fungirt.

6) Endlich wäre im Interesse der Gerichtsärzte die *billige* Anforderung zu machen, daß sie, sobald sie sich in ihren amtlichen Verrichtungen über eine Stunde von ihrem Wohnorte entfernen müssen, dafür ein mäßiges Gefährtgeld, oder wenigstens ein Rittgeld mit 1 fl. 30 kr. für den Tag erhielten.

Die praktischen Aerzte.

Auch die praktischen Aerzte in Bayern ermangeln einer Instruction, die ihnen ihre Rechte und Pflich-

ten, und insbesondere ihr Verhältniß zu den Gerichts-Aerzten und Behörden, mit denen sie in mancherlei Berührung kommen, auseinandersetzte; dieß ist um so dringender, als neuerlich die Regierung von Bayern angefangen hat, die Ernennung von praktischen Aerzten sich selbst vorzubehalten, und die Medicin somit aufgehört hat freie Kunst zu seyn, was allerdings für die Aerzte den Vortheil brachte, daß sie als Staatsdiener angesehen werden und auf den Schutz der Staatsregierung Anspruch machen können.

Wir wollen hier kürzlich diese neue Verfügung, die Ausübung der Medicin betreffend, beleuchten; es ist klar, daß die ungleiche Vertheilung der Aerzte, wodurch ein Theil des Landes mit Aerzten überfüllt, ein anderer ohne Aerzte war, dieselbe herbeigeführt hat, und mit Dank muß man die Fürsorge der Regierung anerkennen, die diesem Uebelstande abzuhelpen und eine gleichmäßige Besetzung der ärztlichen Districte, wobei das Publicum sowohl als die Aerzte bestehen konnten, zu bewirken strebte. Dennoch scheint an der Ausführung dieser an sich nöthigen und wohlthätigen Maafregel Einiges zu erinnern.

1) Wäre es gewiß nicht unbillig, daß *gesetzlich* bestimmt würde, daß bei gleicher Notenbefähigung dem Eingebornen eines Ortes das Recht, daselbst die Praxis auszuüben, vorzugsweise vor Fremden (nicht daselbst Gebornen) zusteht. Jeder hat doch *zunächst* in seiner Heimath das Recht zur Ausübung seiner Kunst.

2) Sollte man nicht zu ängstlich sich vor Anhäufung der Aerzte fürchten und daher die Districte für dieselben nicht zu groß machen. Daß mehr Aerzte als von der Regierung dazu bestimmte Stellen da seyen, ist bekannt, und ein neuerlich veröffentlichter Aufruf warnt die Eltern und Studirenden vor dem Studium der Medicin, als nur geringe Aussichten wegen Ueberzahl von Aerzten darbietend. Wir glauben indeß, daß diese Furcht vor Ueberfüllung und Ueberhandnahme der Aerzte noch ziemlich fern ist, und daß neben den bestehenden noch genug leben könnten, ohne Schaden für das Publicum noch der Aerzte selbst. Dieß ist besonders auf dem Lande der Fall, wo oft 6—8 Tausende auf einen Arzt kommen, was gewiß ein unmäßiges Verhältniß ist. So hat das Landgericht Aibling mit 12,000 Einwohnern nur einen Arzt, das Landgericht Miesbach mit 13,000 zwei; Ebersberg mit 20,000 Einwohnern nur drei Aerzte u. s. w.

Abgesehen daß jetzt noch Landärzte und Chirurgen besonders auf dem Lande den größern Theil der Praxis besitzen, wovon später die Rede seyn wird, so kann in Städten auf Tausend und auf dem Lande auf 3000 Einwohner mit Fug und Recht ein Arzt gerechnet werden, und derselbe auch zu leben finden. Es ist in der That nicht billig, daß einem Manne, der lange und kostspielige Studien gemacht hat, der Weg zu seinem Unterhalt geradezu versperrt werde, damit die anderen desto besser und bequemer leben können. Dabei ist übrigens um so weniger Gefahr, als der Arzt nicht an die Scholle gebunden ist, und im Falle er irgendwo kein

Brod findet, leicht seinen Aufenthaltsort verändern kann. Etwas Anderes ist es, sobald derselbe heirathen und Heimaths-Recht erlangen will; hier können und sollen die Magistrate sich vorsehen und Garantien verlangen.

Wir würden deshalb an jedem Orte, wo sich auf eine Stunde Wegs kein Arzt befindet, jedem, der daselbst seine Praxis ausüben *will*, sie unbedingt ertheilen; an Orten, die mehrere Aerzte bedürfen, wäre auf je Tausend Einwohner ein Arzt zu gestatten.

Da wir von den praktischen Aerzten sprechen, soll auch ihre Bildung und Prüfung hier eine Erörterung finden. Häufig sind Klagen über Ungeschicklichkeit, Unfähigkeit mancher mit Diplom und Erlaubniß versehener Aerzte rege geworden, und gewiß hat das Publicum Recht, wenn es in diesem Punkte, wo es sein Leben einem andern anzuvertrauen gezwungen oder aus Unkunde verleitet wird, von oben fordert, daß die Besorgung der Gesundheit nur Tüchtigen anvertraut werde. Worin liegt nun der Grund dieses Mißstandes?

Wir glauben in Folgendem:

1) Zum Studium der Medicin werden oft Studierende zugelassen, welche schon am Gymnasium einen ungenügenden Fortgang machten. Da das Studium dieses Faches nicht allein wegen seiner Schwierigkeit und seines Umfanges vorzügliche Anlagen, Kenntnisse und Thätigkeit erfordert, sondern von Schlechtfähigten ausgeübt mehr als jedes andere Fach unendlichen directen Schaden auf das Wohl der Staatsbürger ausübt, sollte

es als wohl zu beachtende Regel gelten, nur solche zuzulassen, die durch ihre Gymnasialstudien schon die nöthige Befähigung und Thätigkeit an den Tag gelegt haben; *alle, die sich im letzten Drittel befinden, sollen daher vom Studium der Medicin ausgeschlossen werden.*

2) Das Studium der Medicin selbst an der Hochschule verdiente mehr Berücksichtigung von Seite der demselben Vorgesetzten. Ohne geradezu Semestral-Prüfungen zu verlangen, welche gehörig gehalten nach unserm Ermessen zwar nur nützlich und aneifernd wirken würden, gegen welche jedoch die meisten Herren Professoren theils ihrer wirklichen Beschwerlichkeit und theils ihrer angeblichen Nutzlosigkeit wegen sich mit Kräften sträuben und immer sträuben werden, so wäre es doch höchst wünschenswerth, daß den Studirenden die Ordnung der zu besuchenden Vorlesungen vorgeschrieben würde; damit ein gründliches und erfolgreiches Studium statt fände; Zeit und Reihenfolge der Fächer müßte *gesetzlich bestimmt* und eingehalten werden. Nicht minder verdiente die Pflege der lateinischen Sprache größere Berücksichtigung, und die Abfassung der gesetzlichen Dissertationen strengere Controle; es liegen uns Dissertationen vor, deren Inhalt und Styl keine Kritik mehr zulassen.

3) Ganz übereinstimmend mit der dreijährigen Dauer des theoretischen und der zweijährigen des praktischen Studiums, so wie mit der theoretischen Prüfung an der Hochschule (Rigorosum) und der praktischen beim Medicinal-Comité (*Probe-Relation*) wünschten

wir dennoch sehnlichst, daß diese Prüfungen mit mehr Strenge vorgenommen würden. Namentlich ist dieß mit den Prüfungen an den Hochschulen der Fall, die fast als bloße Formalia angesehen werden, da man meint, die später zu liefernde Probe-Relation würde ja erst entscheidend aussprechen. Aber gerade darin liegt der Fehler! Besser ist es den Nichtfähigen gleich nach oder noch während seiner Studienzeit ganz oder zum nochmaligen Wiederholen einzelner Fächer zurückzuweisen, als wenn derselbe bereits das Doctordiplom erhalten, und neuerdings zwei Jahre mit praktischen Studien zugebracht resp. verloren hat, und dann erst beim Comité abgewiesen wird oder werden soll. Man nehme das Rigorosem also auch rigorös, es ist zum Besten der Studirenden und des Publicums.

Von den Comités-Prüfungen war schon oben die Rede.

Schließlich wollen wir auch noch des Staats-Concurses erwähnen, da wir denselben als eine überflüssige, bloß Zeit und Mühe für die Doctoren und Censoren kostende Prüfung erachten. Da bei demselben nur fünf Fragen gegeben und diese schriftlich beantwortet werden, wobei bekanntermaßen nicht allein alle möglichen Hülfen benützt, sondern gegenseitig die freundschaftlichsten Mittheilungen gemacht werden, so ist dieß Examen bei weitem weniger umfassend und beweisend als das der Comités, wo zehn Fragen schriftlich gegeben und auch mündlich und praktisch geprüft wird.

Eine geeignete Modification der Noten des Comité's, wobei den Noten jeder Classe noch Zahlen oder Brüche je nach dem Ergebniss der Prüfung beigegeben würden, möchte daher die Concurse und ihre Noten überflüssig machen.

Die Apotheker.

So eben (27 Januar 1842) ist für Bayern eine neue Apotheker-Ordnung erschienen; obwohl uns dieselbe zwar im Ganzen als sehr gelungen erscheint, über ihre volle Brauchbarkeit aber erst die Zeit entscheiden wird, so erlauben wir uns dennoch kürzlich einige Bemerkungen darüber, so wie über das gesammte Apothekewesen, in folgenden Punkten niederzulegen.

1) Der Stand der Apotheker ist ein höchst notwendiger und ehrenwerther; durch die zur Ausübung der Apothekerkunst nöthige Erlaubniß der Regierung reiht sich derselbe dem der Staatsdiener an.

Dennoch findet sich dieser Stand in Bayern nirgends vertreten; in den Stadt- und Landgerichten sind die Apotheker der Controle des Gerichts-Arztes, bei den Kreisregierungen dem Gutachten des Medicinalrathes; bei dem Ministerium dem des Obermedicinalraths oder dem aus Aerzten zusammengesetzten Obermedicinal-Ausschuß anheimgestellt; zur Noth befinden sich selbst bei den Prüfungsbehörden (sog. Medicinal-Comités) ein, höchstens zwei Apotheker. Wir haben schon oben erwähnt, und wiederholen es hier, daß die Aerzte keine

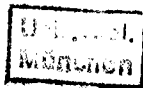
Apotheker sind, und daher folgerecht nicht vollkommen über Apotheker-Angelegenheiten und Geschäfte aburtheilen können, und ebensowenig diesen Stand gehörig vertreten können, wo es auf seine Rechte und Pflichten ankommt.

Wir halten es demnach zur Wahrung der Interessen der Apotheker sowohl als des Publicums für unerlässlich, daß für eine vollgültige Vertretung dieses Standes gesorgt werde, und zwar

a) daß beim Obermedicinal-Ausschuß bei Berathung jeder das Apothekerwesen betreffenden Angelegenheit wenigstens zwei sachkundige Apotheker beigezogen werden;

b) daß bei jeder Kreisregierung ein Kreis-Apotheker angestellt werde, welcher das Apothekerwesen zu seinem Referate hat, und jährlich 2—3mal Reisen zur Visitation der Apotheken im Kreise unternimmt.

2) Der Bestand der Apotheken beruht auf dem gesicherten Absatz derselben; neue Concessionen sollen daher nur mit der größten Umsicht und Erwägung und nach bestimmten Normen ertheilt werden; ist aber einmal eine Concession gegeben, so sey sie nicht persönlich, sondern jedem *Befähigten*, der die neue Apotheke acquirirt, zu ertheilen. Der §. 2. der neuen Apotheker-Ordnung läßt es hinsichtlich der neuen Concessionirung bei allgemeinen Bestimmungen des Bedürfnisses etc. bewenden, ohne in das nothwendige Detail einzugehen;



eben so wenig spricht sich der §. 6. über die Erwerbung concessionirter Apotheken durch Dritte aus, was um so leichter gewesen wäre, da eine k. Ministerial-Entschliessung vom 20 Junius 1833 schon ausspricht, daß den künftigen Erwerbern solcher concessionirter Apotheken die erforderliche Concession niemals verweigert werden darf (wenn sie anders die allgemeinen Erfordernisse besitzen).

3) Der §. 5 sagt, daß neben der Apotheker-Concession keine sonstige Lizenz oder Concession bestehen soll; völlig einverstanden; er fügt aber hinzu, wenn nicht volle Sicherheit besteht, daß die Führung der Apotheke darunter leidet. Welcher verschiedenen und selbst willkürlichen Auslegung ist aber diese Bedingung fähig?

4) Ein wahrer Ruin für die Apotheker sind die Hand-, Noth-, Hilfs- oder Haus-Apotheken der Aerzte und Wundärzte, welche die neue Apothekerordnung §. 8. selbst den Badern zu führen zusichert, während sie die Thier-Aerzte (!) unerwähnt läßt. Nicht allein daß hiebei alle Visitation wegfällt (wie kann der Visitator das untersuchen, was der zu Visitirende nicht vorzeigt oder vorzeigen mag?), auch alle Controle für Behandlung der Krankheiten und für Taxen fällt weg, weil selbst bei Abgaben von Recepten, die aber hier häufig gar nicht geschrieben werden, es ja frei steht, zu schreiben was man will und zu geben was man will. Daher sind wir der Meinung, daß alles Selbstdispensiren der Aerzte und Wundärzte mit Arzneimitteln aufhören soll, einige wenige Fälle von augenblicklicher Hülfe abgerechnet, die

aber kaum der Rede werth sind anzuführen. Damit aber das Publicum durch die weite Entfernung oder Seltenheit der Apotheken nicht Schaden leide, so sollen an jedem Orte, wo sich weder Apotheke noch Filial-Apotheke, aber ein Arzt befindet, Niederlagen entweder beim Arzt selbst oder an einem dritten beliebigen Orte von einer Auswahl (nach beliebiger Uebereinkunft) der nöthigsten Arzneimittel und Präparate vom benachbarten Apotheker oder von mehreren abwechselungsweise gemacht werden. Zu dieser Niederlage hat der Arzt allein den Schlüssel, und nimmt gegen Hinterlage von Recepten die nöthigen Stoffe zur Zubereitung und Ablieferung heraus, wofür er vom Apotheker etwa 15 Procente des Ertrags erhält. Der die Medicamente liefernde Apotheker ist verpflichtet diese Niederlage immer im brauchbaren hinreichenden Zustande zu erhalten, und kann mit dem Arzte viertel-, oder halb- oder ganzjährig, je nach dem Verbrauch und den vorliegenden Recepten abrechnen. Dadurch ist allem Uebelstande des Publicums, der Apotheker und der Aerzte abgeholfen.

5) Auch das Studium der Apotheker in den Officinen und an der Hochschule bedarf strengerer Ueberwachung; insbesondere dürfte der Lehrcurs an letzterer mit einem Jahre höchst unvollständig seyn und *wenigstens* auf drei Semester ausgedehnt werden. Wie übrigens der Lehrling sich Kenntnisse der Physik, Chemie, Naturgeschichte (s. §. 17.) erwerben könne, ist schwer abzusehen; auch scheint es uns fast zweckmäßiger, der Lehrzeit unmittelbar das Studium an der Hochschule

und diesem erst die Servirzeit folgen zu lassen (wie es auch ähnlich bei den Aerzten der Fall ist).

6) Es versteht sich von selbst, daß alle übrigen das Apothekerwesen betreffenden Gesetze vorhanden seyn, und dem Zwecke entsprechen müssen; vom Arznei-Waarenverkauf und Gifthandel (das im Jahre 1834 erschienene Gesetz darüber ist nur für Materialisten berechnet) soll später die Rede seyn. Hier wollen wir des dringenden Bedürfnisses einer Pharmakopöe und Arzneitaxe erwähnen. Daß die dermalen noch bestehende bayer. Pharmakopöe nicht mehr entspreche, darüber ist nur Eine Stimme, und wir halten es für überflüssig in die Mängel derselben einzugehen. Nun wäre es sehr wünschenswerth, wenn eine neue brauchbarere zu Stande käme; am zweckmäßigsten erscheint uns, eine solche im Vereine mit mehreren (oder allen) deutschen Bundesstaaten durch eine eigens dazu erwählte Commission aus Apothekern und Aerzten bestehend zu verfassen. Unser frommer Wunsch dabei ist, daß dann für die älteren chemischen Arzneimittel, namentlich für solche, deren Zusammensetzung noch zweifelhaft ist, die alten (seit Jahrhunderten) gebräuchlichen und bekannten Namen beibehalten werden möchten.

Ebenso dringend erscheint das Bedürfnis einer neuen Arzneitaxe. Apotheker Martius hat kürzlich (Erlangen 1842) einen brauchbaren Entwurf dazu geliefert. *)

*) Während des Druckes gegenwärtiger Schrift ist eine solche erschienen. Der Raum gestattet uns nicht, in eine nähere Beleuchtung derselben einzugehen. Im Ganzen erscheint

Thierärzte.

Allgemein und gegründet sind die Klagen, daß das Veterinärwesen und die Thierärzte überhaupt in Bayern sich nicht in günstigen Verhältnissen befinden. Bei der anerkannten Nothwendigkeit und Nützlichkeit des thierärztlichen Standes erscheint es uns wichtig genug, den Quellen dieser Klagen nachzuspüren und deren Abhülfe vorzuschlagen.

1) Ein Hauptgrund scheint uns darin zu liegen, daß die Thierärzte (wie bei den Apothekern angegeben wurde) nirgends gehörig vertreten und überwacht sind. In den Gerichtsbezirken ist es der Gerichtsarzt, bei den Regierungen der Medicinalrath, im Ministerium der Obermedicinalrath oder Obermedicinal-Ausschuß (nur aus Aerzten zusammengesetzt), welche die Leitung und Ueberwachung des Veterinärwesens und der Thierärzte unter sich haben. Nun verstehen aber die Aerzte von der Thierheilkunde ebensowenig und wo möglich noch weniger als von der Pharmacie; die Aerzte hören höchstens einige Stunden (seit mehreren Jahren selbst diese nicht mehr) an der Hochschule über Seuchenlehre, was aber sicherlich nicht ausreicht sie zu Oberthierärzten

— sie zwar gelungen, aber dennoch der Vorthail des Apothekers zu sehr überwiegend. Statt vieler nur ein Beispiel: Die Drachme Jalappenpulver kostet für sich 4 kr.; wenn sie der Arzt aber in 9 Pulvern vertheilt verschreibt, kostet sie 13 kr.; welcher ungeheure Preis für eine Arbeit, die einem Lehrling 3 Minuten raubt?

zu machen; aber selbst ein ausführlicherer Unterricht würde sie noch lange nicht dazu befähigen. Nothwendig erscheint daher

- a) daß beim Obermedicinal-Ausschuß für Veterinär-Angelegenheiten immer einige sachkundige (wirkliche Thierärzte) Männer beigezogen werden;
- b) daß bei jeder Kreisregierung ein Kreis-Thierarzt (mit einem mäßigen Functionsgehalt) für das Referat im Veterinärwesen angestellt werde, welcher nöthigenfalls bei gefährlichen Seuchen auch an Ort und Stelle persönlich wirken könnte.
- c) daß in jedem Gerichtsbezirke ein Gerichts-Thierarzt mit etwa 300 fl. und einer umfassenden Instruction (gegenwärtig ist ja noch nicht einmal gesetzlich bestimmt, ob der Thierarzt selbst Arzneien dispensiren dürfe oder nicht, indem die Verordnung von 1810 §. 29. darüber auf eine zu erlassende *aber nicht erlassene* Instruction hinweist) angestellt werde, und zwar für sein Fach unabhängig vom Gerichts-Arzte. Dafür hat derselbe alle Aufträge im öffentlichen Dienste, deren viele sind, unentgeltlich zu verrichten, was nach meinem Wissen die Ausgabe für ihre Besoldung gewiß decken würde. Jetzt bezieht nämlich der requirirte Thierarzt 2 fl. 30 kr. Tagsdiäten, und es liegt daher in seinem Interesse, seine Besuche, die ihm auf diese Weise honorirt werden, nicht zu vermindern, was dann umgekehrt der Fall wäre und auch sicher manche Seuche schneller erlöschen machte.

2) Auch der Unterricht der Thierärzte bedarf einer Reform; Bayern besitzt bloß in München eine Veterinär-Unterrichts-Anstalt, und leider erfreut sich dieselbe sowohl bezüglich der nöthigen Localitäten als des nöthigen Lehrpersonals keiner glänzenden Lage. Ueberdies werden in der Regel in der Anstalt keine Hausthiere (Rinder, Schafe, Hunde, Schweine), sondern fast bloß Pferde behandelt; der gelernte Thierarzt bekommt daher weder Lust noch Kenntniß solche kranke Thiere zu behandeln, und es ist dann kein Wunder, wenn er darin, was doch die Hauptsache, ebenso wenig glücklich ist als sich Vertrauen erwirbt, und ein routinirter Pfuscher ihm mit Leichtigkeit in den Weg tritt. Nöthig erscheint es daher

- a) eine dem Bedürfnis entsprechende Veterinär-Unterrichts-Anstalt mit den nöthigen Lehrern und Räumlichkeiten (insbesondere Stallungen für alle Arten Thiere) zu errichten;
- b) dafür zu sorgen, daß alle Gattungen kranker Hausthiere darin zur Behandlung kommen, und zum Unterrichte dienen;

3) endlich muß für eine anständige Subsistenz der Thierärzte gesorgt werden; der Mangel einer solchen schreckt und hat bisher viele von diesem Zweige der Heilkunst abgeschreckt. Dies kann aber geschehen

- a) durch die oben erwähnte Anstellung von Kreis- und Gerichts-Thierärzten, wodurch natürlich diesem Stande die Aussicht zu einer sicheren und anständigen Stellung geboten würde;

- b) durch gewisse Abgaben und Taxen, welche den Thierärzten für Vieh-, Hund-, Fleisch- und Weide-Beschau, allenfalls zu 1 kr. per Stück, zu entrichten wären, was der Zahlende fast nicht, der Empfänger aber bedeutend verspüren, übrigens auch zur Verhütung von Seuchen wesentlich beitragen würde;
- c) durch Einführung einer thierärztlichen Taxe, die noch fehlt.
- d) durch strenges Ueberwachen, Verhindern und Bestrafen aller Puschereien, besonders von Seiten der Wasenmeister, Abdecker, Schmiede, Hirten u.s.w., was bisher keineswegs mit der nöthigen und möglichen Strenge geschieht.

Land-, Wund-, Heb-Aerzte, Chirurgen, chirurgische Bader, Magistri Chirurgiae, Bader.

Unter diesen Titeln fassen wir alle jene ärztlichen oder pseudo-ärztlichen Individuen zusammen, welche verschiedene Zeiten und verschiedene Ansichten geschaffen haben, und deren Bestehen dermalen vielen leider noch als nothwendiges Uebel erscheint.

Der Grund zu dem Entstehen und zur großen Ausbreitung dieses Personals, welches von jeher dem höheren ärztlichen Wirken und Wissen fremd war, und in seiner ungemessenen Ausdehnung vielleicht ebenso viel Schaden stiftete als die wahren Aerzte Nutzen, liegt in folgenden Gründen:

- 1) Früher war die Zahl der wahren (promovirten)

Aerzte zu gering, als daß sie dem Bedürfnis besonders auf dem Lande und unter der ärmeren Volksclasse genügt hätte; man suchte diesem Uebelstande also dadurch abzuhefen, daß man eine Mittelclasse, Landärzte, Wundärzte, Chirurgen, chirurgische Bader, Magister der Chirurgie, schuf, sie nothdürftig und oberflächlich mit medicinischen und chirurgischen Kenntnissen versah, und ihnen theils unbeschränkte, theils beschränkte (aber in der Wirklichkeit fast nie gut zu beschränkende) Erlaubnis zur Ausübung der Medicin, Chirurgie und Geburtshülfe gab; dadurch stempelte man die Gehülfen der Aerzte zu Meistern, und leider sind sie diesen an vielen Orten schon so über den Kopf gewachsen, daß man oft nicht mehr weiß, wie ihrer los zu werden.

2) Waren früher die Aerzte selten Chirurgen, weder theoretisch noch praktisch; durch diesen Mifsstand bildete sich aus den Badern die Classe der Chirurgen aus, denen dann zu allem Ueberflusse die chirurgischen und früher die landärztlichen Schulen noch einen Anhang von medicinischem Wissen mitgaben, damit sie auch in innerlichen Krankheiten aushelfen könnten. Die Erfahrung bewies, daß sie in dieser Aushülfe nicht säumten, und es bereits so weit brachten, daß unter der niedrigern Volksclasse und auf dem Lande wahre (promovirte) Aerzte diesen Afterärzten gegenüber oft nicht aufkommen können.

Diese beiden genannten Gründe sind es, welche diese Classe ärztlicher Individuen zu Stande brachten, und wir beschuldigen hiebei nur dies, daß man statt

die Quellen zu verstopfen, das allerdings einst nöthige Uebel noch schlimmer machte, indem man ihm eine über die Gränzen schreitende Ausdehnung gab.

In unserer Zeit aber sind diese beiden Gründe nicht mehr vorhanden. Die Zahl der Aerzte hat sich bedeutend vermehrt und wird sich hoffentlich noch vermehren, so daß solches ärztliche Gehülfen selbst auf dem Lande nicht mehr nöthig erscheinen. Wir theilen keineswegs die Meinung derer, die eine Uebersahl von Aerzten in Bayern fürchten und sogar von dem Studium der Medicin abrathen zu müssen glauben. Um Jedermann vom Gegentheil zu überzeugen, führen wir an, daß in München allein mehr als 20 Land-Aerzte offen und mit Erlaubnis practiciren, die Praxis von mehr als 30 Chirurgen abgerechnet; auf dem Lande ist es noch ärger; tägliche Klagen von Befugniss-Ueberschreitung, so wie daß ein Arzt daselbst, wo ein Landarzt oder Chirurg wäre, nicht aufkommen könne, sind unwiderlegbare Beweise dafür, daß nicht zu viele Aerzte, wohl aber zu viele Pfuscher da seyen.

Mit der *Uebersahl der Aerzte* mag es demnach noch so lange Zeit sein Bewenden haben, als noch Landärzte und Chirurgen Brod finden, und jedenfalls sind aber jenem mit ihren eigenen Waffen geschlagen, welche Landärzte und Chirurgen wegen *Mangels der Aerzte* nothwendig halten.

Aber auch der *zweite Grund* für ihre Existenz, nämlich der, daß die Aerzte nicht Chirurgen seyen und die Chirurgie und Geburtshülfe nicht ausüben, hat sich gehoben; die bayer. Regierung hat schon seit Jahren verfügt und ausgeführt, daß alle promovirten Aerzte auch

Chirurgie und Geburtshülfe theoretisch und praktisch erlernen müssen, wodurch somit auch diesem Bedürfnis, das allerdings vor Jahren gegründet stattfand, abgeholfen ist.

Andere Gründe für die Nothwendigkeit der Chirurgen etc. sind:

1) Dafs sie wegen ihrer geringern Bildung und geringern Standes dem gemeinen Volke zugänglicher und wohlfeiler seyen. Dieser Grund ist irrthümlich; jeder humane Arzt (und als solchen sehen wir die Aerzte so gut wie die Chirurgen an) ist dem Volke zugänglich, und bezüglich des Kostenpunktes wird sich der Arzt, der leben will, überall nach den Vermögens-Verhältnissen seiner Patienten zu bescheiden wissen, während wir auf der andern Seite Rechnungen von Chirurgen lasen, die sich Aerzte der Hauptstadt nicht erlauben würden.

2) Dafs sie wegen ihrer größern Ausbreitung dem Volke gelegener und näher bei Handen seyen als die seltneren Aerzte; man lasse aber nur die Aerzte sich zuerst ausbreiten (durch Aufhören der Chirurgen), dann werden diese so nahe und gelegen seyn als jene.

3) Dafs manche Landärzte, Hebärzte, Chirurgen weit geschickter und erfahrener seyen, und mehr Vertrauen namentlich in der Geburtshülfe besäßen, als die promovirten Aerzte; warum man sie also zum Besten dieser aufhören machen wolle?

Wir läugnen nicht, dafs sich unter den Chirurgen etc. manche geschickte und erfahrene Männer befinden, die besser als ein ungeschickter, promovirter Arzt handeln; aber man wird doch nicht behaupten, dafs der

Chirurg deshalb geschickter ist, weil er Chirurg und nicht promovirter Arzt ist. Wohl würde derselbe als solcher noch mehr Geschicklichkeit haben; man müßte denn die gewifs unsinnige Idee festhalten wollen, dafs die Chirurgen bessere natürliche Anlagen besäßen als die promovirten Aerzte, oder in ihrer anderthalb bis zweijährigen Lehrzeit mehr lernten oder lernen könnten, als die Aerzte auf ihrer sechs- bis achtjährigen Studien-Laufbahn.

Wir glauben in Obigem hinreichend auseinander gesetzt zu haben, dafs das Bedürfnis der damaligen Landärzte, Chirurgen etc. nicht mehr bestehe, als höchstens zum Schaden der wahren Heilkunde; also nieder mit dieser letzten Schranke, die der freien Entwicklung des ärztlichen Standes in den Weg tritt.

Hr. v. Walther hat in einer kürzlich erschienenen Schrift (über das Verhältniß der Medicin zur Chirurgie, Karlsruhe 1841) sehr geistreiche historische Notizen über dies herrschende Unwesen niedergelegt; wir glauben es aber nicht nothwendig so weit zurückzugehen, um für unsere Sache Bürgen zu finden. Im Jahre 1808 wurden Schulen für Landärzte in Bayern errichtet, welche nach den damaligen Bedürfnissen nöthig erscheinen mochten; im Jahre 1823 wurden diese Schulen aufgehoben und dafür chirurgische Schulen errichtet, deren Zöglinge beschränktere Befugnisse bekamen; im Jahre 1836 wurden auch diese aufgehoben und Schulen für chirurgische Bäder errichtet und ihre Befugnisse wieder beschränkt (mit der Ausnahme, dafs man ohne zureichenden Grund Magistri Chirurgie schuf). Es scheint sonach mit der steigenden Zahl der

Aerzte und mit der gewonnenen Erfahrung immer mehr die Ueberzeugung gewachsen zu seyn, daß diese ärztlichen Gehülfen zu beschränken, d. h. überflüssig seyen; warum thut man nicht den letzten Schritt? Noch lehrt man die chirurgischen Bader pathologische und therapeutische Kenntnisse, und verbietet ihnen dann sie am Krankenbette auszuüben; man lehrt sie einfache Operationen vornehmen und will sie hindern größere zu unternehmen. Sie thun es und werden es thun!

Soll man also gar keine Chirurgen, Wundärzte etc. bilden? Nein! *man bilde Aerzte* (in Medicin, Chirurgie und Geburtshülfe) und suche sie auf die *vielfachste Art zu verbreiten*, indem man allen übrigen (allmählich durch Verhinderung neuer Ankömmlinge) die Ausübung der Medicin und Chirurgie untersagt. Außerdem *bilde man Bader*, bloße Bader (keine chirurgischen Bader) und lehre sie nichts als das Badergeschäft, Aderlassen, Schröpfen, Vesicator, Blutegel und Klystiere setzen, Verbände anlegen, bei plötzlichen Lebensgefahren und Scheintod beispringen (nach einer kleinen, auch den Laien zugänglichen Instruction) und bei Sectionen und Operationen assistiren.

Kein Recept sollen diese Bader verschreiben, *keinerlei Operation*, keinen *geburtshülflichen Act* vornehmen dürfen; selbst in den gefährlichsten Fällen, welche die schnelligste Hülfe fordern, ist der Arzt, *wenn er gesucht wird*, eben so schnell herbeigebracht als jetzt der Chirurg, der auch nicht zu Hause sitzend auf Pa-

tienten wartet, sondern gewöhnlich seiner Praxis nachgeht, die auf dem Lande meist zerstreut ist.

Um diese Bader, wie wir sie vorschlagen, zu bilden, braucht es keiner chirurgischen oder Baderschulen; jeder approbirte Bader, deren es dermalen genug gibt, kann binnen einiger Jahre solche Zöglinge bilden, und ein Bader-Gremium soll über die Fähigkeit eines solchen Lehrlings nach vorausgehendem Examen entscheiden, die Baderei aber ein einfaches Handwerk oder Gewerbe bleiben, was sie ist und nur seyn soll.

Sollte das Bedenken im Wege stehen, daß sich ein solcher Bader besonders auf dem Lande nicht halten könne, was wir aber keineswegs glauben, indem diese (selbst jetzt schon) meist auch noch ein landwirthschaftliches Anwesen besitzen, so kann man die Aerzte daselbst verpflichten, die Baderei selbst mit zu übernehmen, was leicht mittelst eines approbirten Baderlehrlings geschehen kann, und was gewiß leicht geschehen würde, wie es die dermalige Erfahrung bereits zur Genüge beweist, indem viele Aerzte zum Behuf ihrer Praxis Badereien käuflich an sich gebracht haben, und weislich von der Regierung darin unterstützt worden sind.

Diese unsere Meinung beruht nicht auf bloßen Ideen oder Ansichten; eine vieljährige Erfahrung und Anschauung und die Natur der Sache selbst haben uns dahin geführt, und wir sind der Ueberzeugung, daß sie jedenfalls durchdringen und ausgeführt werden wird, möchten aber nur ein schnelleres Resultat als das durch die Noth abgezwungene herbeiführen.

Die Hebammen.

Alle auf die Hebammen bezüglichen Verhältnisse befinden sich in Bayern in einem erfreulichen befriedigenden Zustande, was theils den guten Hebammen-Schulen, theils den guten über sie bestehenden Gesetzen verdankt wird.

Unser einziger Wunsch ist nur der, daß es der königl. Regierung bald gefallen möge in der Hauptstadt ein anständiges, geräumigeres, gesundes Gebäude für die Gebärenden und Hebammen aufzuführen.

Zweiter Theil.

Medicinal-Gesetze und Verordnungen.

Nachdem wir im ersten Theile vom Medicinal-Organismus oder der Medicinal-Verfassung gesprochen haben, soll im zweiten Theil von den Medicinal-Gesetzen und Verordnungen die Rede seyn, und wir glauben uns hier um so kürzer fassen zu können, als viele jener Gesetze, welche sich auf die Aerzte, Apotheker, Thierärzte, Wundärzte etc. beziehen, bereits im ersten Theile besprochen wurden, und somit nur einige der Medicinal-Polizei angehörige Punkte zur Beachtung bleiben.

Das Impfgesetz.

So wie in Bayern überhaupt die Impfung sehr frühe gesetzlich eingeführt ward, so ist auch für deren zweckmäßigen Vollzug, besonders durch die letzte 1830 erschienene Verordnung auf eine hinreichende und befriedigende Weise gesorgt; alle Verhältnisse sind daselbst berücksichtigt und zweckmäßig befriedigt. Wir haben an dieser Verordnung nichts zu erinnern, als daß (§. 4) zur Befreiung von der Impfpflichtigkeit eine sechs

Jahre nacheinander ohne Erfolg wiederholte Impfung erfordert wird, und sind der Meinung, daß eine dreimalige eben so genügend und für den Impfpflichtigen und Impfenden weniger mühsam wäre.

Bei dieser Gelegenheit glauben wir es am Platze, auch ein Wort über die Revaccination zu sprechen; die Erfahrung hat bewiesen, daß die Kuhpocke wenn auch Schutz gegen die Blattern gewährend, doch nach Verlauf von 12 — 15 — 20 Jahren häufig an Kraft verliere, und Wiederempfänglichkeit, wenn auch für modificirte Blattern bei vielen veranlasse. Wenn es wegen mancherlei Gründen schwer seyn sollte, eine gesetzliche Revaccination in der Art wie die erste Impfung einzuführen, welche Meinung wir übrigens keineswegs theilen, so kann wenigstens zum Theil eine solche herbeigeführt werden, und wir schlagen dazu folgende Maafsregeln vor.

1) Alle, welche die Feiertagsschule besuchen, sollen ihre Freisprechung vom Besuche (*gewöhnlich geschieht dies im achtzehnten Jahr*) erst nach Vorlage des *Revaccinations-Scheines* bekommen.

2) Alle welche sich irgendwo niederlassen, in den Staatsdienst treten oder sich verheirathen wollen, bedürfen dazu eines *Revaccinations-Scheines*.

Zur Erlangung der erwähnten Rechte unterwirft sich jeder leicht dem wenig gefährlichen und schmerzlosen Acte der Revaccination, für deren wohlfeile und gelegene Ausführung übrigens die Regierung die nöthige

Sorge zu tragen hätte. Neuerlich eingetretene Erkrankungen und Todesfälle, so wie die damit verknüpften höchst lästigen und widerlichen (wenn auch nöthigen) Polizei-Maafsregeln, stellen die Wichtigkeit und Nothwendigkeit einer gesetzlichen Revaccination gewifs in grelles Licht.

Die Leichenbeschau.

Auch die Leichenbeschau ist besonders durch die 1839 erschienene Verordnung entsprechend eingerichtet; nur hätten wir gewünscht, daß von der sub II. gestellten Bestimmung, nach welcher in Ermangelung von Badern selbst Gemeinde-Gliedern die Leichenbeschau übertragen werden soll, um so mehr Umgang genommen werden möchte, als dieß Bedürfnis wohl nie eintreten, und auf die genannte Weise auch nie befriedigend gedeckt werden dürfte. Ueberdies fehlen Bestimmungen über die todtgebornen Kinder. Auch wären nähere Instructionen über die Erkenntnis ansteckender Krankheiten, welche der Todtenbeschauer anzeigen soll, zu geben, so wie über die Entdeckung medicinischer Pflüschereien (Art. XIV), welche nach Art I. doch ein Hauptzweck der Leichenbeschau ist.

Ueber die Begräbnisplätze

ermangeln in Bayern alle gesetzlichen Bestimmungen, mit Ausnahme einiger, welche das Begraben in Kirchen und Gräben verbieten. Es erscheint uns nicht überflüssig, auch im Allgemeinen über die Wahl, Entfernung, Größe, Be-

schaffenheit, Einrichtung etc. der Begräbnisplätze gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, wie dies in andern Ländern der Fall ist.

Verkauf von Geheim-Mitteln.

Durch die Verordnung vom Jahre 1838 ist diesem Abschnitte der Medicinal-Polizei auf eine umfassende und treffliche Weise Genüge geleistet; wir wüßten diesem eben so bündigen als brauchbaren Gesetze nicht das Mindeste beizufügen.

Verkauf von Arzneimitteln und Giften.

Das im Jahre 1834 erschienene Gesetz über den *Gift- und Arzneiwaaren-Verkauf durch Materialisten und Specereihändler* ist sehr gut abgefaßt; dennoch hätten wir daran einige Bedenken:

1) ist von den für *Apotheker* gültigen Normen darin gar nicht die Rede, so daß namentlich was den *Gift-Verkauf* betrifft, dafür noch die 1794 gegebene, und 1803 ergänzte, für Apotheker und Materialisten bestimmte Verordnung in Kraft besteht, welche indeß höchst unvollständig und namentlich durch die im Jahre 1834 erschienene theilweise außer Wirksamkeit gesetzt ist. Daß aber die eben erwähnte Verordnung von 1834 auf Apotheker nicht anwendbar ist, geht daraus hervor, daß

a) die Apotheker auch an Landärzte und Chirurgen, welche Hand-Apotheken führen, Arzneiwaaren und

Gifte abgeben dürfen und müssen, was den Materialisten §. 3 verboten ist;

b) die Apotheker *Gifte* (die fast alle auch Heilmittel sind), auch unter andern Bedingungen als die Materialisten (§. 4.) verabreichen dürfen, nämlich in Recepten verschriebene.

Ein den *Gift-Verkauf von Seiten der Apotheker* regulirendes Gesetz ist demnach ein Bedürfnis.

2) Wird darin den Materialisten und Specereiwaaren-Händlern das Recht eingeräumt, Arzneiwaaren und Gifte an promovirte Aerzte im Großen und Kleinen zu verkaufen. Wir haben uns schon oben gegen den Grundsatz ausgesprochen, daß Aerzte selbst dispensiren sollen, und würden daher diese Erlaubnis, Arzneien an Aerzte zu verkaufen, nicht gestatten; aber auch angenommen, daß man die Aerzte zur Führung von Hausapotheken berechtere, so sehen wir doch darin, daß sie die Arzneiwaaren von Materialisten beziehen dürfen, eine den Apotheker höchlichst beeinträchtigende Erlaubnis. Wenn dem Materialisten gegönnt wird, das dem Arzte zu liefern, dessen Verschleiß offenbar dem Apotheker zusteht, so verliert dieser doppelt, indem ihm dann nicht allein der Gewinn aus der Zubereitung, sondern auch der aus dem Verkauf der Rohstoffe entgeht. Nicht leicht kann es ein Gesetz geben, das mehr den Apotheker beeinträchtigt, und sicher wird es ausgeführt in Bälde den Ruin vieler Apotheker erzeugen. (Bereits hat auch die neue Apothekerordnung diese Verfügung zurückgenommen.)

3) Mangeln in dem Verzeichnisse der Gifte und drastisch wirkenden Stoffe mehrere Körper, die gewiss mit vollem Rechte zu den Giften gerechnet werden und deren Verschleiss daher nothwendig polizeilich überwacht werden soll.

Niemand wird in Abrede stellen, daß die ätzenden Säuren, Schwefel-, Salpeter-, Salz-Säure zu den Giften gehören und auch häufig zur Vergiftung dienen; und doch ist ihrer nicht erwähnt. Rother Quecksilberpräcipitat ist angeführt, dagegen fehlt der nicht weniger giftige weisse Präcipitat und Lapis causticus. Wo Jod steht, darf sicher auch Opium, und wo Herba Belladonna, auch Hyoscyami und Digitalis stehen, neben Tartar. emeticus gewiss auch Vitrum antimonii. Ohne uns weiter ins Einzelne zu verbreiten, bemerken wir nur, daß das bis dato stärkste bekannte Gift, die *Blausäure*, auch nicht darunter ist, und eben so wenig die vor mehreren Jahren entdeckten giftigen Alkaloide: Morphin, Strychnin, Brucin, Veratrin, Solanin etc., obwohl anerkannt ist, daß gerade sie *am leichtesten und schnellsten vergiften* und *am schwierigsten bei Vergiftungen auszumitteln sind*. Schliesslich bemerken wir, daß uns auch die unbedingte Verabreichung von Giften (§. 4.) an Aerzte bedenklich erscheint und Modificationen unterliegen dürfte.

Da von den Giften die Sprache ist, so erwähnen wir auch des Bedürfnisses einer gesetzlichen Bestimmung über die *gemalten Kinderspiel- und Conditorei-Waaren*, zu denen häufig metallische und giftige Farben zum Schaden der Gesundheit genommen werden. Die-

ser Unfug sollte sicherlich auch in Bayern durch Gesetze, wobei die verbotenen Farben ausführlich angegeben sind, verhindert und bestraft werden.

4) Endlich hinsichtlich des Verkaufes der Arzneimittel von Seiten der Materialisten erscheint es uns räthlich, daß diese dieselben nur in bestimmten grössern Mengen abzugeben berechtigt seyn sollen, wie auch in mehreren andern Ländern zum Schutze der Apotheker verordnet ist.

Verordnung über Verkauf von Lebensmitteln.

Die Ueberwachung der Lebensmittel und deren Verschleisses gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben der Medicinal-Polizei; dennoch bestehen in Bayern keine allgemein gültigen Gesetze darüber, und es ist somit den verschiedenen Kreisregierungen und Districts-Polizeibehörden überlassen, nach Gutdünken darüber Verfügungen zu erlassen. Die Folge hievon war auch, daß an den verschiedenen Orten die verschiedensten (an manchen gar keine) Normen darüber bestehen, und ein allgemeines Regulativ, dem die verschiedenen Districte mit durch Umstände gebotenen Modificationen sich zu unterwerfen hätten, ist demnach Bedürfniss, das sich besonders bei Gelegenheit herrschender Krankheiten sehr fühlbar macht. Aehnliches gilt von einer

Verordnung über gesunde Wohnplätze und Wohnungen.

Auch hierin, diesem für die öffentliche Gesundheitspflege so wichtigen Theile der Medicinal-Polizei,

ist den Districts-Polizeibehörden ein weitläufiges Feld eingeräumt, das sie nach Umständen auf zweck- oder unzweckmäßige Art bearbeiten oder auch ganz vernachlässigen. Ein allgemein anwendbares, auf die Wahl und Gesundheit der Wohnplätze und Wohnungen bezügliches Gesetz würde daher von großem Nutzen seyn und erscheint als Bedürfnis; wir machen hier nur aufmerksam, wie viele Krankheiten durch schlecht gelegene, feuchte oder frisch gebaute Wohnungen hervorgerufen und durch strenge Gesetze daher vermieden werden könnten. Die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes wird um so klarer erscheinen, wenn man betrachtet, wie noch in manchen Städten und selbst in der Hauptstadt, durch ihre große Nähe schädliche Anstalten und Gewerbe, wie Fleischbänke, Seifensiedereien, Hutfabriken, Gerbereien, Oelfabriken etc. sich in sehr unpassenden, der Nachbarschaft offenbar schädlichen Localitäten befinden.

Ueber die Irren, deren Aufnahme und Entlassung aus Irren-Anstalten

sollten ebenfalls Verordnungen bestehen, da der §. 11 o. p. q. des Medicinal-Edicts von 1808 offenbar nicht genügend ist; mehrere Kreisregierungen (so die des Oberdonau-Kreises 1832) haben daher darüber Verordnungen erlassen, und bei der Wichtigkeit des Gegenstandes wäre deshalb eine allgemein gültige gesetzliche Bestimmung von großem Nutzen.

Wir können nicht umhin, bei dieser Gelegenheit

auf das schreiende Bedürfnis regelmäßig gebauter und eingerichteter Irrenhäuser in Bayern, namentlich in Oberbayern, aufmerksam zu machen, und sehen die Herstellung solcher als das an, was vor allem noth thut, wenn man die Schuld von Nachlässigkeit oder Grausamkeit nicht auf sich laden will. Bei der baulustigen Richtung unsrer Zeit ist es zu wundern, daß man versäumte einen solchen Bau zu führen, der wahrlich nicht das schlechteste Monument wohlthätigen Sinnes für Zeitgenossen und Nachwelt liefern würde.

Ueber Abhaltung und Verminderung epidemischer und ansteckender Krankheiten

bestehen in Bayern nur *einige* allgemeine Bestimmungen, welche die Räucherungen und Desinfectionen betreffen, und nebstdem einige andere, die specielle Krankheiten wie den Typhus, die Cholera, die Krätze, die Blattern, die Hundswuth etc. betreffen und zu verschiedenen Zeiten gegeben, mehrentheils einander ergänzend, oft aufhebend sind.

Es fehlt somit sowohl an allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen für Polizeibehörden, Gerichts- und praktische Aerzte beim Ausbruche oder gegen die Weiterverbreitung solcher Krankheiten, als auch an speciellen, die einzelnen Krankheiten genügend umfassenden Verordnungen, welche in der Medicinal-Polizei von großem Nutzen wären, weil dadurch nicht allein ihr Zweck besser erfüllt, sondern auch eine Menge Weitläufigkeiten, Anfragen, Nachlässigkeiten und Irrthümer vermieden

würden, die jetzt fast unvermeidlich sind. Wir weisen hier namentlich auf die verschiedenen theils mangelhaften, theils widersprechenden Maafsregeln hin, die oft bei Blatterkranken in Anwendung kommen; ähnliches gilt bei solchen, die von der Hunds-Wuth befallen wurden.

Ueber Gefängniss Wesen.

Der Zustand der Gefängnisse in Beziehung auf Salubrität und die physische Pflege der Gefangenen verdiente an vielen Orten gröfsere Berücksichtigung und Fürsorge von Seiten der Aerzte und Behörden; es wäre somit den Gerichtsärzten zur *besondern Pflicht* zu machen, diesen wesentlichen Punkt des öffentlichen Gesundheits-Wohls in fortgesetztem Augenmerk zu behalten, und alles dagegen Laufende zur augenblicklichen Kenntnifs der Behörden zu bringen. Möchte die königl. bayerische Regierung nach dem Muster der nordamerikanischen und Genfer Bedachtnehmen, auch für das sittliche Wohl der Gefangenen jene Sorge zu tragen, die ihr Zustand gewifs verdient und die in diesen Anstalten nicht blofse Straf- und Bewahr-, sondern auch Besserungs-Anstalten sieht.

Verordnungen über epizootische Krankheiten.

Auch hierüber bestehen keine dermalen mehr gültigen allgemeinen Bestimmungen; dagegen besitzen wir eine Masse von einzelnen Verordnungen und Vorschrif-

ten, die in Folge der verschiedenen einzelnen Epizootien seit Jahren erschienen. Sehr zweckmäfsig erscheint es uns daher, wenn in einer umfassenden Verordnung alle allgemeinen Bestimmungen für Polizeibehörden, Gerichts- und Thierärzte beim Ausbruch und während der Dauer von Epizootien, als auch alle speciellen wesentlichen Verfügungen für jede einzelne Thierkrankheit, nebst den passenden Instructionen, besonders für die Thierärzte, erlassen würden. Dadurch wäre einem wesentlichen Bedürfnifs abgeholfen, und eine Menge Verwirrungen und Verzögerungen, welche so unvermeidlich sind, wären beseitigt.

Die Wasenmeister.

Eben so entbehren die Wasenmeister in Bayern einer allgemein gültigen Instruction, sowohl was ihre Dienste, als auch was die Beschaffenheit der Wasenstätte betrifft; nothgedrungen haben deshalb manche Kreis-Regierungen derlei erlassen, welche aber theils wesentlich von einander abweichen, theils an sich unvollkommen sind; insbesondere ist nichts über die von ihnen zu erhebenden Gebühren gesetzlich bestimmt.

Nachdem wir so das Wesentliche des Medicinal-Wesens in Bayern kurz beleuchtet, und auf die uns bedrückenden Mängel und deren Abhülfe aufmerksam gemacht haben, wiederholen wir das am Eingang Gesagte, dafs blofs der Wunsch Nützliches zu befördern uns zur

Bekanntmachung dieser Zeilen veranlafste, weshalb wir
 alles Persönliche als vorübergehender Natur umgingen.
 Möchten diejenigen, denen das Wohl ihrer Mitbürger
 am Herzen liegt, und Macht und Gelegenheit gegeben
 ist, in diesem wichtigen Zweige der Staats-Verwaltung
 zu wirken, das Wahre und Gute, was in unsern Ansich-
 ten enthalten seyn mag, günstig aufnehmen und ihm
 Geltung und Ausführung verschaffen!